

Etatrede – Fraktionssprecher von Bündnis 90 / Die Grünen, Benedikt Striepens

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch dieses Jahr hat unsere Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen vor allem wieder intensiv diskutiert, wie bedeutsam ein genehmigungsfähiger Haushalt für die politischen Gestaltungsmöglichkeiten von uns allen ist.

Das Votum der Fraktion und unseres Teams, das intensiv mitdiskutiert hat, ist eindeutig: Wenn es irgendwie geht, möchten wir einen Nothaushalt, der unsere Handlungsfähigkeit lähmt, verhindern.

Denn was droht uns in einem Nothaushalt? Sinnvolle Maßnahmen wie etwa für den Umwelt- und Klimaschutz würden im Nothaushalt weiter gestrichen, soziale Projekte wären kaum noch gestaltbar und auch die Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger würden leiden.

Am Rande sind wir auch der Meinung, dass ein neugewählter Bürgermeister, und schließlich wurde er mit einer großen Mehrheit gewählt, die Möglichkeit erhalten sollte, mit seiner Arbeit zu beweisen, dass er die Dinge, die er im Wahlkampf versprochen hat, auch umsetzen kann.

Ihn mit seiner ersten wichtigen Amtshandlung durch fehlende Mehrheiten zu zwingen, einen nicht genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen und damit in die verpflichtende Haushaltssicherung zu gehen, widerspricht nach unserer Auffassung der Fairness.

Indem wir dem neuen Bürgermeister heute in unserem Sinne die Chance geben zu gestalten, bedeutet aber auch, dass wir am Ende des Jahres genau darauf schauen, auf welchen Weg er die Stadt gebracht hat. Mit Blick auf die Haushaltsberatungen für 2027 werden wir die gerade genannten Überlegungen nicht mehr anstellen, sondern danach entscheiden, wie mit dem ermöglichten Spielraum gearbeitet wurde.

Die Finanzsituation der Stadt ist und bleibt tatsächlich schwierig. Wir stehen weiter an der Schwelle, keinen genehmigungsfähigen Haushalt mehr aufstellen zu können. Wie gesagt, das hielten wir für eine Katastrophe.

Aus unserer Sicht ist dies aber immer noch zu einem großen Teil vor Ort unverschuldet. Es gab auch kaum Projekte in der Vergangenheit, bei denen etwas in eine grundsätzlich falsche Richtung ging. Die meisten Projekte in Werne wurden nebenbei erwähnt mit großer Mehrheit beschlossen. Da kann sich aus unserer Sicht niemand wegducken. Dass Themen isoliert wurden (Corona, Ukraine), war nicht die Idee der Stadtverwaltung, - und dass uns das nun einholt, war klar und ist unvermeidlich.

Auch das Beschäftigen mit Nebenthemen und Nebenschauplätzen führt nach wie vor zu nichts. Dazu gehört etwa das Thema KBW. Ein Rückabwicklung wäre ein langwieriger Prozess, der – wenn überhaupt – erst in ein paar Jahren Effekte brächte. Zu suggerieren, durch eine Änderung der Organisationsform, hätten man plötzlich mehr Geld zur Verfügung ist Augenwischerei.

Wir stehen in der Verantwortung sicherzustellen, dass Politik in unserer Stadt weiter aktiv gestaltet werden kann. Die Chance durch gewonnenen zeitlichen Spielraum sollte dazu genutzt werden, durch geprüfte, sinnvolle Sparmaßnahmen die Stadt lebensfähig zu halten. Das stellt sich nach wie vor, das ist auch immer noch unsere Meinung, etwas zu zögerlich dar. Mal sehen, ob der Bürgermeister da nun Drive hineinbekommt. Das vorgelegte, jetzt gerade erst veröffentlichte Konsolidierungspapier ist nicht mehr als eine Willenserklärung, die nun mit Taten verbunden werden muss.

Zu den Kröten, die dabei zu schlucken sind, gehören nicht nur Steuererhöhungen, ohne die es, wenn man seriös bleibt, nicht geht. Auch der globale Minderaufwand von 2 Prozent ist bei Licht besehen eine Maßnahme, die inhaltlich nicht gerechtfertigt ist, weil sie eine Spekulation darstellt. Schließlich ist der Verlustvortrag in die dem Betrachtungszeitraum folgenden Jahre eine den Kommunen eingeräumte Rettungsmaßnahme, die eigentlich einem Offenbarungseid gleichkommt. Sie gaukelt vor, dass die Rücklagen der Stadt weniger belastet werden, als es faktisch korrekt wäre.

Bei Thema „Vorgaukeln“ landet man dann auch, man entschuldige mir diesen deutlichen Übergang, beim Antrag der FDP, die sich damit aus unserer Sicht wieder einmal aus der Verantwortung stiehlt. Nachdem die Verwaltung mit den Fraktionen alle möglichen Haushaltspositionen beleuchtet wurden, hat die FDP plötzlich 2,5 Mio. Euro „gefunden“. Respekt, möchte man da sagen. Der Gedanke, man müsse nur den Druck erhöhen, dann würde schon gespart, ist, jedenfalls wie es die FDP angeht, realitätsfern und würde nicht zielführend sein.

Das zeigt auch ein Blick in den Bereich, der besonders viel Sorgen macht, und zwar Jugend und Soziales. Insbesondere in dem Bereich Jugend, der vielen unverschuldete Kostensteigerungen ausgesetzt ist, wurde sehr defensiv gerechnet. Nicht nur in den verpflichtenden Positionen bei den „Hilfen zur Erziehung“, bei denen Einzelfälle schnell zu erheblichen Überschreitungen führen, sondern auch bei präventiven Maßnahmen darf nicht gespart werden.

Auch die Finanzierung der Kindertagesstätten steht vor Herausforderungen. Kein Wunder, dass sich das Wahlkampfgetöse um eine Senkung der Kita-Gebühren als eine Luftnummer herausgestellt hat. Jetzt kann sich keiner – auch der Bürgermeister nicht – mehr daran erinnern, was praktisch bei jeder Diskussionsveranstaltung gesagt wurde: „Wir sind familienfreundlich und senken die Kita-Beiträge...“ Jetzt ist nichts mehr davon zu hören.

Leider kann man jetzt schon voraussehen, dass es im zuletzt dargestellten Bereich „Jugend“ am schnellsten zu Haushaltsdefiziten kommen wird, die, und das möchten wir noch einmal betonen, nicht selbstverschuldet sind.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass wir erneut in der Situation sind, dass es große Kraftanstrengungen kostet, einen Haushalt zu verabschieden, der eine Notsituation, in der wir fremdbestimmt werden, verhindert.

Wir stellen uns dieser Verantwortung und tragen den Haushalt mit all seinen negativen Konsequenzen mit. Nun muss die Zeit aber dringend genutzt werden, um zu einer nachhaltigen Konsolidierung zu kommen. Ohne eine erkennbare Trendwende kann ein Nothaushalt nicht mehr lange verhindert werden.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Haushalt 2026 mit allen Bestandteilen zustimmen.